

Cornelia Östreich, Co-Vorsitzende GGG SH, Teßdorffstraße 21, 23611 Bad Schwartau

Cornelia Östreich
Co-Vorsitzende GGG SH

Teßdorffstraße 21
23611 Bad Schwartau
Tel: +49-1520 -9404060
CorneliaÖstreich@ggg-web.de

19.5.2022

Presseinformation

Der GGG-Landesvorstand Schleswig-Holstein wertet den Ausgang der Landtagswahlen aus: Gleichberechtigung für Gemeinschaftsschulen und bessere Vernetzung

Am 17. Mai hat die GGG das Ergebnis der vorausgegangenen Landtagswahlen beraten. Wir bedauern, dass das Ergebnis keine Perspektive für eine Entwicklung des Schulsystems in Richtung einer Schule für alle bietet. Tatsächlich gehen von diesem Wahlausgang erhebliche Risiken für die Zukunft des bisher erreichten gemeinsamen Lernens aus. Die GGG wird sich weiter für eine grundlegende Schulreform einsetzen. In den kommenden Jahren wird es aber darum gehen, im Rahmen des Zwei-Säulen-Systems Gleichberechtigung für die Gemeinschaftsschulen zu erreichen und geplante Verschlechterungen zu verhindern.

Zunächst wollen wir die CDU in die Pflicht nehmen, die Versprechungen aus ihrem Wahlprogramm einzuhalten:

- Verstetigung des Perspektivschul-Programms
- Stärkung der multiprofessionellen Teams, insbesondere durch Schulpsychologinnen und Schulpsychologen und Schulassistenzen (also ausgebildeten Erzieher*innen) auch in weiterführenden Schulen
- Verbesserung der Versorgung mit Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen
- Förderung des Ganztages
- Förderung von Schulleitungen unabhängig von der Schulform
- Zusätzliche Lernangebote für Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache nicht nur in der Schule selbst, sondern auch für Eltern und Familien

Aber auch eine CDU-geführte Landesregierung muss noch mehr für die Gemeinschaftsschulen tun:

- fehlende Oberstufen an Gemeinschaftsschulen v.a. an der Westküste und im Norden stellen für Schüler*innen in den betroffenen Landkreisen eine krasse Benachteiligung dar;
- die „Abschulungs“-Praxis der Gymnasien, 1.200 bis 1.400 Schülerinnen und Schüler jedes Jahr, ist für die Schüler*innen demütigend und belastet die Gemeinschaftsschulen;
- der Personalmangel an den Gemeinschaftsschulen erfordert eine rasche Reform der Ausbildung

Gefahren für das gemeinsame Lernen sehen wir in Einführung abschlussbezogener Klassen und der Aufhebung der Inklusion durch die Einführung „zusätzlicher Lerngruppen“ für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt soziale und emotionale Entwicklung. Die von der CDU geplante „Profilschärfung“ der Gemeinschaftsschulen auf die Berufsbildung und der Gymnasien auf die akademische Laufbahn wäre die Wiedereinführung eines gegliederten Schulsystems und der Abschied vom Modell zweier gleichberechtigter „Säulen“. Solchen Entwicklungen wird sich die GGG entgegenstemmen.

Die GGG wird ihre Funktion als Interessenvertretung der Gemeinschaftsschulen im Sinne gleicher Bildungschancen für alle Kinder daher intensivieren.

Dafür sollen die schleswig-holsteinischen Parteien – der demnächst zu bildenden Koalition wie der Opposition – gezielt angesprochen und auf die Chancen des gemeinsamen Lernens hingewiesen werden.

Auch mit ehemaligen Gemeinschaftsschüler*innen, die über ihre positiven Bildungserfahrungen berichten mögen, wollen wir in Kontakt kommen. Die GGG plant eine schulformübergreifende Vernetzung mit Elternverbänden und Perspektivschulen.

Da spezielle regionale Lagen auch eine regionale Herangehensweise verlangen, soll es z.B. ein „Westküstentreffen“ geben.

Der GGG-Landesvorstand hat beschlossen, sich in kürzeren Abständen – einmal im Monat anstatt alle zwei Monate – auszutauschen, damit neue Ideen rascher umgesetzt und neue Entwicklungen besser registriert werden können. Die beste Entwicklung in diesem Sinne wäre: Mehr Oberstufen, einheitliche Verwaltung und eine bessere personelle Ausstattung für die Gemeinschaftsschulen – und all dies möglichst bald!

Cornelia Östreich
(Co-Vorsitzende GGG-SH)